

Korrigendum: In der NZZ am Sonntag vom 6. November 2022 wurde ein Gastbeitrag von KdK-Präsident Christian Rathgeb publiziert. Im Erarbeitungsprozess sind Fehler passiert, indem die Quellenverweise nicht mitgeliefert worden sind. Diese wurde in der untenstehenden Fassung im Sinne der Transparenz nun nachträglich ergänzt. Christian Rathgeb hat sich bei den Forscherinnen persönlich entschuldigt.

Publiziert in der NZZ am Sonntag vom 06. November 2022

Meinungen

Der externe Standpunkt

Lasst den Föderalismus in Ruhe, er kann nichts dafür

Föderalismus sorgt für Streit und Debatten – aber eben auch für Vielfalt, Machtteilung und bürgernahe Lösungen, wie sie zu einer Demokratie gehören. Tragen wir ihm darum Sorge, schreibt Christian Rathgeb

Christian Rathgeb

Hand aufs Herz – haben Sie sich in der jüngeren Vergangenheit über die Kantone geärgert? Über ihre Konferenzen oder über den Föderalismus an sich? Oder haben Sie sich gar ein anderes Staatssystem gewünscht? Nicht wenige dürften darauf mit Ja antworten, und das macht mir Sorgen. Es wird wenig überraschen, dass ich als Regierungsrat und Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen ein überzeugter Föderalist bin.

Der Schweizer Föderalismus ist mit seiner Gewaltenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden ein Garant für Machtbegrenzung und Machtkontrolle. Er hilft, individuelle Freiheiten zu sichern. Zudem begünstigt er die politische Teilhabe auf allen Ebenen des Staates. Politische Entscheidungen werden dezentral und möglichst nahe bei den Menschen getroffen. Der Föderalismus bietet ideale Voraussetzungen für einen bürgernahen Staat, in dem sich Wettbewerb um die besten Lösungen und Solidarität sinnvoll ergänzen.

So viel zur Theorie. Sehe ich mir jedoch den medialen Diskurs an, wird der Föderalismus anders dargestellt: Es dominiert das Bild zögerlich handelnder Kantone, welche die Verantwortung vor sich herschieben, politische Entscheidungsprozesse unnötig verlängern und verkomplizieren und für ein unüberblickbares Gefüge unterschiedlicher Lösungen sorgen.

Das Schlechtmachen des Föderalismus hilft jenen, die das Schweizer System in seinen Grundfesten destabilisieren wollen. Unser Staatswesen, das uns seit 175 Jahren vor Kriegen verschont und viel zu unserem Wohlstand beigetragen hat, stützt sich auf zwei Pfeiler: direkte Demokratie in Verbindung mit Föderalismus. Dazu sollten wir Sorge tragen, das heisst hinschauen und konstruktiv weiterentwickeln.

Gefordert sind die Kantone: Wir müssen unsere Zuständigkeiten selbstbewusster wahrnehmen. Wir müssen davon wegkommen, reflexartig nach dem Bund zu rufen, wenn ein Problem eine unpopuläre Massnahme erfordert oder dessen Lösung viel kostet. Ein Franken aus Bern hat immer Konsequenzen: Wenn der Bund zahlt, bestimmt er mit. Eine Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen ist längst fällig. Diese ergibt aber nur Sinn, wenn wir sowohl beim Bund wie auch bei den Kantonen sektoralpolitische Sichtweisen überwinden und aus einer Gesamtsicht heraus Aufgaben entflechten. Wir

Kantone müssen wieder mehr Verantwortung übernehmen, auch für unbequeme Entscheide. Jede Kantonsregierung sollte kommunizieren, warum sie etwas so und nicht anders (oder gar nicht) machen will. Das braucht Mut, denn anders als der Bundesrat müssen wir Kantonsregierungen uns immer wieder der Volkswahl stellen. Das ist aber kein Grund, die Verantwortung auf die Bundesebene zu verlagern. Diese Strategie ist kontraproduktiv.

In der Pflicht steht aber auch der Bund, der damit aufhören sollte, die Kantone oder unsere Konferenzen als lästige Lobbyorganisationen abzuqualifizieren. Die Kantone sind konstitutive Träger des Bundesstaats. Als Vollzugsverantwortliche sind wir legitimiert, unsere Interessen mit Nachdruck wahrzunehmen. **Zu Recht schreibt die Politologin Rahel Freiburghaus, dass** die Kantone mit angemessenem Gewicht und auf Augenhöhe an landesweit verbindlichen Entscheidungen partizipieren können, für den Föderalismus ebenso essenziell sei wie deren Autonomie, über ihre innere Organisation zu bestimmen, eigene Steuern zu erheben oder Bundesgesetze den örtlichen Verhältnissen angepasst umzusetzen: Nur wo Gliedstaaten die Bundespolitik wirkmächtig mitprägen können, bleibe die föderale Machtbalance im Lot. Rückmeldungen aus den Kantonen sind nicht ein lästiges Übel, sie zwingen vielmehr zu einer Debatte über unterschiedliche Ansätze. Das ist kein Defizit, sondern Merkmal eines demokratischen Ringens um die jeweils beste Lösung.

Deshalb appelliere ich auch an jeden und jede Einzelne unter uns: Bequemlichkeit hat in unserem System keinen Platz. Halten wir an unserem föderalen Erfolgsmodell fest, das uns dazu zwingt, ständig abzuwägen, welches die beste Lösung ist. Diese Vielfalt mag zwar irritieren. Wir alle sind aber in der Lage, kontroverse Debatten auszuhalten – das gehört zur Demokratie. **In der Forschung (z.B. Sabine Kropp) wird immer wieder drauf hingewiesen, dass föderale Strukturen es erlauben,** mit unterschiedlichen Lösungen zu experimentieren: Kantone und Gemeinden können Best Practices wechselseitig übernehmen, mögliche Fehler werden nicht flächendeckend gemacht, sondern bleiben regional begrenzt. Gerade darin liegt die Stärke des Föderalismus: Was das Beste für die Bevölkerung ist, wird ergründet und nicht von oben diktiert. Erweist sich ein Ansatz als falsch oder nicht zeitgemäss, wird er aufgegeben und durch einen besseren ersetzt. Es ist ein Irrglaube, dass eine zentrale Regierung sach- und bürgergerechtere Lösungen zustande bringt. Anschauungsbeispiele gibt es hierzu derzeit genügend. Bleiben wir dran!

Quellen:

Rahel Freiburghaus, Universität Bern Quelle: <https://www.nzz.ch/nzz-live-veranstaltungen/foederalismus-zementieren-normalisieren-oder-reformieren-ld.1641036>

Sabine Kropp, Freie Universität Berlin Quelle: <https://verfassungsblog.de/author/sabine-kropp/>